



Newsletter der Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern

Ausgabe: 20. WP/22-16 vom 10. November 2022

Philipp Amthor MdB

Vorsitzender der Landesgruppe
Mecklenburg-Vorpommern

Platz der Republik 1
11011 Berlin

T 030 227 77692
F 030 227 76692

philipp.amthor@bundestag.de
www.cducusu.de

Beiträge von Simone Borchardt MdB



Simone Borchardt MdB ist ordentliches Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und im Petitionsausschuss sowie stellvertretendes Mitglied im Verteidigungsausschuss und im Ausschuss für Arbeit und Soziales.

Ampel sendet falsches Signal: „Cannabislegalisierung gefährdet Gesundheit“

Zu den vom Bundeskabinett beschlossenen Eckpunkten für eine geplante Legalisierung von Cannabis erklärt Simone Borchardt, Berichterstatterin für Sucht- und Drogenpolitik der Unionsfraktion:

„Das Eckpunktepapier von Gesundheitsminister Karl Lauterbach ist aus Sicht der Union völlig unzureichend, wenn es um den Schutz von Kindern und Jugendlichen geht. Auch der Schutz von Patienten, die auf hochreines Medizinalcannabis angewiesen sind, wird quasi ignoriert. Allem Anschein nach will die Bundesregierung Cannabis auf Biegen und Brechen legalisieren und vergisst dabei völlig den Schutz vulnerabler Gruppen. Der Schwarzmarkt wird sich auf dieser Grundlage auch nicht austrocknen lassen.“



Internationale Vergleiche zeigen, dass mit der Legalisierung auch ein Anstieg des Konsums einhergeht. Bevor man auch nur ansatzweise über die Legalisierung nachdenkt, sollte man die Prävention und Aufklärung wirksam verbessern sowie Hilfsangebote für Süchtige und Suchtgefährdete deutlich ausweiten. All das macht die Ampel nicht. Die Haushaltsmittel für diesen Bereich sollen nach gemäß des Haushaltsentwurfes sogar drastisch reduziert werden.

Das Eckpunktepapier von Herrn Lauterbach ist insgesamt ein Regelungswirrwarr von Abstandsregeln sowie von Unter- und Obergrenzen beim THC-Gehalt. Wer soll künftig kontrollieren, ob mehr als die erlaubten 20-30 Gramm Eigenbedarf zu Hause aufbewahrt werden, wie viel Pflanzen daheim angebaut werden, ob 10 oder 15 Prozent THC-Gehalt in Blüten enthalten sind? Noch nicht einmal die beabsichtigte Entlastung für die Behörden wird dadurch erreicht. Stattdessen sorgt die Ampel für zusätzliche Belastung durch neue Zuständigkeiten und Schwierigkeiten bei der Rechtsdurchsetzung.

Übrigens will die Bundesregierung den jährlichen Bedarf von 400 Tonnen allein durch nationalen Indoor-Anbau decken. Damit wird die Cannabislegalisierung zu einem echten Klimakiller, denn diese Art der Produktion weist einen immens hohen CO₂-Fußabdruck sowie sehr hohen Stromverbrauch auf. Dass im offiziellen Eckpunktepapier davon im Gegensatz zu der vorab veröffentlichten Version kaum mehr die Rede ist, zeigt, dass die Ampel das Thema offenbar unter den Tisch kehren will.

Es bleibt jetzt abzuwarten, was die EU-Kommission zu den Plänen von Lauterbach sagt und ob sich das das Wahlversprechen der Ampel überhaupt umsetzen lässt. Das jetzt vorgelegte Eckpunktepapier ist keine Grundlage für eine seriöse Bewertung. Man wundert sich aber schon, für was der Gesundheitsminister angesichts der zahlreichen Baustellen im Gesundheitssystem Zeit hat. Diese Prioritätensetzung ist unverantwortlich und gefährlich!"

Bundesregierung verunsichert einen ganzen Berufsstand: „Die Union steht an der Seite der Hebammen“

Die Ampel-Koalition hat im Oktober mit ihrer Mehrheit im Deutschen Bundestag im Rahmen des GKV-Finanzstabilisierungsgesetzes beschlossen, die Hebammen aus dem Pflegebudget zu nehmen. Diese Änderung soll jetzt wieder rückgängig gemacht werden. Dazu erklärt die Grevesmühlener Abgeordnete Simone Borchardt (CDU):



„Die Ampel hat sehenden Auges die Geburtshilfe in Deutschland gefährdet, indem sie die Hebammen aus dem Pflegebudget genommen hat. Wenn es dabei bliebe, hätte das fatale Folgen für die Finanzierung der Arbeit der Hebammen und die ohnehin angespannte Versorgungssituation in Mecklenburg-Vorpommern gehabt. Nun aber bemerkt die Koalition ihren vorhersehbaren Fehler und plant in Windeseile die Rolle rückwärts. Das ist einerseits erfreulich, aber andererseits auch erschreckend. Denn ohne den großen Druck des Deutschen Hebammenverbands hätte sich die Ampel wohl kein Stück bewegt.

Dieses Vorgehen der Ampel bestärkt uns als Union in der Rolle der Opposition, wachsam zu bleiben und konstruktive Kritik und Gegenvorschläge einzubringen. Bereits vor Wochen haben wir im parlamentarischen Verfahren einen Änderungsantrag zum GKV-Finanzstabilisierungsgesetz vorgelegt, um diese Neuerung wieder rückgängig zu machen. Diesen aber haben die Ampel-Fraktionen einhellig abgelehnt. Dieses Hin und Her war also absolut vermeidbar gewesen.

Mit ihrem Hü und Hott verunsichert die Ampel einen gesamten Berufsstand. Die Hebammen verdienen unsere Unterstützung, daher werden wir uns auch zukünftig für die Belange ihres Berufsstandes einsetzen.“

Marinearsenal Warnemünde: „Dienstpostenplan und Personalgewinnung müssen auf den Prüfstand“

Berichte über die schleppende Personalgewinnung des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) für das neue Marinearsenal Warnowwerft in Warnemünde hat die Grevesmühlener Bundestagsabgeordnete Simone Borchardt (CDU) zum Anlass für eine schriftliche Frage an die Bundesregierung genommen. Ziel war es, sich über den Sachstand der Personalgewinnung und die Zukunftsperspektive hunderter Werftarbeiter zu erkundigen. Die Antwort der Bundesregierung liegt nun vor, lässt aber weitere Fragen offen. Dazu erklärt Simone Borchardt:

„Oberstes Ziel der Politik muss es sein, die traditionsreiche Schiffsindustrie in Mecklenburg-Vorpommern zukunftsfest aufzustellen. Wenn hunderten Werftarbeitern keine vernünftige berufliche Perspektive geboten wird, dann geht weltweit gefragtes Know-how für immer verloren. Die Folge wäre ein herber Schlag für unsere heimische Industrie und eine Vielzahl an Zulieferbetrieben.

Die Lösungen für die drei Standorte der MV-Werften sind alle zu begrüßen und haben ihre individuellen Vorzüge. Wichtig ist aber die erfolgreiche Umsetzung



der jeweiligen neuen Nutzungen und die gilt es im Rahmen der Möglichkeiten auch politisch zu unterstützen. Beim Marinearsenal in Warnemünde kommt es ganz entscheidend darauf an, dass die Personalgewinnung möglichst zügig umgesetzt wird und die berufliche Perspektive für die Bewerber auch attraktiv ist.

Laut dem Dienstpostenplan waren zum Stichtag 14.10.2022 aber erst 301 von 482 Stellen besetzt. Die Gründe dafür müssen hinterfragt werden. Die Vermutung liegt nahe, dass die Attraktivität der angebotenen Stellen viel zu niedrig ist. Wenn Bund und Land wirklich am Erhalt der traditionsreichen Schiffsindustrie in M-V gelegen ist, das müssen sowohl der Dienstpostenplan als auch das Verfahren der Personalgewinnung schleunigst auf den Prüfstand gestellt werden.“

Hintergrundinformation:

Mit Stichtag 14. Oktober 2022 sind 301 personelle Neuzugänge (Neueinstellungen sowie Betriebsübergang nach § 613a BGB aus der Belegschaft der MV Werft Rostock) für das MARs Rostock zu verzeichnen. In dieser Zahl sind 15 Auszubildende, 39 Personen mit einem technischen (Fach-) Hochschulstudium (Ingenieurinnen und Ingenieure) sowie 226 Personen mit einer technischen oder gewerblichen Berufsausbildung (Facharbeiterinnen/Facharbeiter) enthalten. Die verbleibenden 21 Personen sind anderen Berufsgruppen zuzuordnen. 193 der angegebenen Personen standen zuvor bei der Transfergesellschaft unter Vertrag. Laut Angaben des Bundesministeriums der Verteidigung ist die zeitliche Vorgabe, das Stellenbesetzungsverfahren so umzusetzen, dass allen Bewerberinnen und Bewerbern vor dem 31. Oktober 2022 eine Perspektive gegeben werden kann.

Die Gewinnung von Personal für das Marinearsenal am Standort Rostock erfolgt auf Grundlage des für diesen Dienststellenteil aktuell gültigen Organisations- und Dienstpostenplans, aus dem sich u. a. Anzahl und Besoldungs- bzw. Entgeltgruppen der jeweiligen Dienstposten ergeben. Diese insgesamt 482 Dienstposten sind in den folgenden Tabellen dargestellt:



Besoldungsgruppen Beamtinnen/ Beamte	Anzahl
B 2	1
A 16	2
A 15	4
A 13g	9
A 12	16
A 10/ A11	1
A 9mZ	6
A 9m	8
A 7/A 8	1
Summe Beamtinnen/Beamte	48

Entgeltgruppen Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer	Anzahl
außertariflich	1
E 15	3
E 14	3
E 13	9
E 12	15
E 11	32
E 9b	4
E 9a	27
E 8-E 9a	208
E 8-E 9a	89
E 6	7
E5-E 6	6
E 4-E 5	10
E 4	7
E 3	13
Summe Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	434

Rede von Simone Borhardt zur Triage

Im Rahmen der 1. Lesung zum Zweiten Gesetz zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes sprach Simone Borhardt am 13. Oktober 2022 zur Triage. Das Thema ist auch in dieser Woche aktuell (vgl. Bericht des Landesgruppenvorsitzenden).

Link zur Rede: <https://dbtg.tv/cvid/7546984>.

* * *